

## Antrag

Hannover, den 15.01.2019

Fraktion der FDP

### **Mieten-TÜV einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Wohnen gehört zu den zentralen Grundbedürfnissen der Menschen. Derzeit mangelt es in Niedersachsens Städten und Ballungszentren aber an finanzierbarem Wohnraum. Insbesondere jungen Familien mit Kindern fällt es zunehmend schwerer, ein Eigenheim zu finanzieren oder passenden Wohnraum in den Städten zu finden.

Finanzierbarer Wohnraum hat aber nicht nur hohe gesellschaftliche Relevanz, er wird auch zunehmend zu einem entscheidenden Standortfaktor. Wohnen und Bauen zu angemessenen Preisen muss die Aufgabe einer innovativen Wohnungsbaupolitik sein. Diese muss auch über den Tellerand der Baugesetzgebung hinausschauen. Zahlreiche Gesetze und Neuregelungen wirken sich erhöhend auf Wohnkosten aus.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. alle neuen und bestehenden Gesetze einer Wohnkostenfolgeschätzung (Mieten-TÜV) zu unterziehen,
2. neue Gesetze, die unmittelbaren und mittelbaren Einfluss auf Wohnkosten haben, nur noch einzubringen, wenn zuvor ein Mieten-TÜV durchgeführt, also klar beziffert wurde, wie sich das Gesetz auf Mieten auswirkt.

#### Begründung

Eines der drängendsten Probleme in deutschen Ballungsgebieten sind steigende Mieten. Doch nicht nur der Mangel an Wohnraum, sondern auch eine Vielzahl von Vorschriften lässt die Mieten in die Höhe schießen. Dieser Effekt findet zu wenig Beachtung in der öffentlichen Diskussion. Dabei ist er nicht unerheblich. Allein die Novellierung der Energieeinsparverordnung im Bund zog eine Baukostenerhöhung von 16 % mit sich, die sich wiederum erheblich auf die örtlichen Mieten niederschlug.

Mithilfe des Mieten-TÜVs soll aufgezeigt und geprüft werden, welche Auswirkungen neue Gesetze auf Steigerungen von Mieten, Nebenkosten, Baukosten und auf Genehmigungsprozesse haben. Sind diese Auswirkungen zu stark, weiß man, dass das Gesetz überarbeitet werden muss. Zudem werden Stellschrauben, die zu mehr oder weniger Mietbelastung führen, identifiziert und können zur Reduzierung der Belastungen genutzt werden. Das schafft Transparenz und macht die Arbeit der Regierung für die Öffentlichkeit kontrollierbarer. Ein Mieten-TÜV hat zudem den Vorteil, dass er Symbolpolitik sofort entdeckt und enttarnt.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 16.01.2019)